

Der Vorsitzende des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung

der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung

E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de

Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-3397 Telefax (0611) 31-3902 Sachbearbeiter: Elke Kessel

Wiesbaden, 17.06.2009

- 1. Den Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung
- 2. Den Fraktionen
- 3. Dem Magistrat
- 4. Nachrichtlich

Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung am Mittwoch, 24. Juni 2009, um 17:00 Uhr, Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. 09-A-22-0001

Genehmigung der Niederschrift

2. 09-F-01-0060

Größe der Vergabelose der Investitionsprojekte des Sonderinvestitionsprogramms des Landes und des Konjunkturprogramms II des Bundes

-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.06.2009-

Die Landesregierung hat die Grenzen für die freihändige Vergabe und die beschränkte Ausschreibung von Aufträgen - begrenzt bis 2011 - erhöht, um den Kommunen die Möglichkeit zu geben, bei den Maßnahmen der aktuellen Konjunkturprogramme bevorzugt regionale Betriebe des Handwerks bzw. des Mittelstandes zu beauftragen.

Vor diesem Hintergrund möge der Ausschuss beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

Seite 2 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung am 24. Juni 2009

1. Zum Förderkontingent der LH Wiesbaden für 'Sonstige Infrastrukturmaßnahmen' in Höhe von 25,9 Mio. €

- welcher Anteil in % ist für eine freihändige Vergabe vorgesehen?
- welcher Anteil in % soll beschränkt ausgeschrieben werden?
- auf wie viele Lose soll sich das restliche Auftragsvolumen aufteilen und welchen Umfang haben die einzelnen Aufträge?

2. Zum Förderkontingent der LH Wiesbaden für Maßnahmen im Schulbereich ohne die Pauschalmittel in Höhe von 39,4 Mio. €

- welcher Anteil in % ist für eine freihändige Vergabe vorgesehen?
- welcher Anteil in % soll beschränkt ausgeschrieben werden?
- auf wie viele Lose soll sich das restliche Auftragsvolumen aufteilen und welchen Umfang haben die einzelnen Aufträge?

3. 09-F-01-0061

Zuweisungen zu den Belastungen aus der Grundsicherung für Arbeitssuchen-de nach § 23a des Finanzausgleichsgesetzes (Mittel aus der Wohngeldentlastung des Landes)
-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.06.2009-

Seit 2005 weist das Land Hessen den Kommunen die Mittel zu, die es durch die Änderungen beim Wohngeld in Zusammenhang mit der Änderung des SGB II ("Hartz IV") nicht mehr zu leisten hat.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- 1. Wie hoch waren die Zuweisungen an die Landeshauptstadt in den einzelnen Jahren 2005 bis 2008 aus den Wohngeldentlastungsmitteln?
- 2. In welcher Höhe wird die Zuweisung 2009 voraussichtlich ausfallen?
- 3. In welcher Höhe wird diese Zuweisung für 2010 und für 2011 erwartet?
- 4. Wie hoch waren die Anteile an den Wohngeldentlastungsmitteln in den einzelnen Jahren, die im Haushalt der LHW für Beschäftigungsprogramme veranschlagt wurden?
- 5. Wie hoch waren die Anteile an den Wohngeldentlastungsmitteln in den einzelnen Jahren, die als Einnahme der allgemeinen Finanzwirtschaft vereinnahmt wurden?
- 6. Wie hoch waren die Anteile an den Mitteln unter 5., die in den einzelnen Jahren verausgabt wurden, und wie hoch ist der Haushaltsansatz (einschließlich Übertragungen aus den Vorjahren) 2009?

4. 09-F-01-0059

Vergabemittel im Grünflächenamt - Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 09.06.2009-

Seite 3 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung am 24. Juni 2009

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, in welcher Höhe im Grünflächenamt Fremdleistungen vergeben wurden. Die Auflistung soll die Jahre 2007-2009 umfassen und sowohl planerische als auch ausführende und beratende Tätigkeiten umfassen.

5. 09-F-06-0030

Einrichtung von "Smart-Märkten" in Wiesbadener Stadtteilen -Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste Wiesbaden vom 17.06.2009-

In einem Stadtteil von Frankfurt (Eckenheim) wurde - ähnlich wie in mehreren Stadtteilen in Stuttgart - die über längere Zeit bestehende Versorgungslücke in einem Wohngebiet mit einem so genannten "Smart-Markt" geschlossen.

Mehrere ehemals Langzeitarbeitslose erhalten in diesem die Möglichkeit zu einer qualifizierten Ausbildung im Einzelhandel und bei Erfolg des Projektes anschließend eine Dauerbeschäftigung. Für den Markt wurde ein Stadtteil gewählt, in dem ein spürbarer Mangel an Nahversorgung herrscht. Mit einem solchen Lebensmittelmarkt gewinnt deshalb zum einen die Bevölkerung, die wieder eine Einkaufsmöglichkeit direkt vor der Haustür erhält. Zum anderen gewinnen Langzeitarbeitslose eine berufliche Perspektive.

Voraussetzung ist die Zusammenarbeit verschiedener Beteiligter, vor allem der kommunalen Wirtschaftsförderung, des Sozialdezernates, des Ortsbeirates und eines Konzerns der Lebensmittelbranche (in Frankfurt REWE).

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat möge prüfen, ob das Modell zur Einrichtung eines Lebensmittelmarktes nach dem Vorbild des "Smart-Marktes" in Frankfurt-Eckenheim auch in Wiesbadener Stadtteilen sinnvoll sein könnte.

6. 08-F-01-0041

Mehr Transparenz bei Liegenschafts- und Garagenfonds -Antrag der SPD-Fraktion vom 09.04.2008-

ANLAGE: Bericht des Magistrats (Dezernat III) vom 14.05.2009 -nur für Ausschussmitglieder-

7. 09-F-25-0046

Unterkunftskosten (vgl. FiWi-Beschluss 0233 vom 04.06.2008) -Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 28.04.2009-

ANLAGE: Beschluss Nr. 0192 vom 06.05.2009

8. 09-F-06-0022

Förderung von Jugendkultur

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste Wiesbaden vom 28.04.2009-

ANLAGE: Beschluss Nr. 0191 vom 06.05.2009

Seite 4 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung am 24. Juni 2009

9. 09-V-03-0002 DL 12/09-5

Änderung der Ortssatzung für die Märkte der Landeshauptstadt Wiesbaden (Marktsatzung), Überlassung des Andreasmarktes an die Gibber Kerbegesellschaft e.V.

ANLAGE: Beschluss Nr. 0202 vom 06.05.2009

Die Beratung der beiden folgenden Punkte erfolgt ggf. nicht öffentlich:

10. 08-V-20-0072 DL 53/08-1 NÖ

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 3. Quartal 2008

ANLAGE: Bericht des Magistrats (Dezernat I) vom 22.04.2009 -nur für Ausschussmitglieder-

11. 09-V-20-0032 DL 22/09-1 NÖ, 20/09-1 NÖ

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 4. Quartal 2008

12. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 09-V-03-0007 DL 18/09-1

Drahtlose Netzwerkverbindungen (WLAN) in Sitzungs- und Besprechungsräumen des Rathauses der Landeshauptstadt Wiesbaden

2. 09-V-04-0001 DL 19/09-1

Fahrplanwechsel am 13.12.2009

3. 09-V-05-0004 DL 18/09-2, 15/09-3

Weitere Maßnahmen und Teilprojekte für das Konjunkturpaket II

4. 09-V-06-0001 DL 15/09-4

Stationäre Altenpflege in kommunaler Trägerschaft; Pflegekonzeption

5. 09-V-20-0034 DL 18/09-4

Bürgerhaushalt 2010/2011; Sachstandsbericht

Seite 5 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung am 24. Juni 2009

6. 09-V-40-0401 DL 18/09-5

GS Bierstadt - Erweiterung - Ausführungsvorlage

7. 09-V-40-0406 DL 18/09-6

Soko 44+ Gutenbergschule; Erweiterung der Mensa

8. 09-V-41-0002 DL 19/09-2

Gestaltung des authentischen Ortes der ehemaligen Schlachthoframpe

9. 09-V-51-0017 DL 19/09-3

Auswirkungen des Gesetzes zur Neuausrichtung der abeitsmarktpolitischen Instrumente für die kommunale Beschäftigungsförderung im SGB II

10. 08-V-51-0057 DL 23/09-1, 21/09-1

Schaffung neuer Krippenplätze in der städtischen Kindertagesstätte Erbenheim

11. 09-V-51-0035 DL 23/09-3, 21/09-3

Erweiterung der Kindertagesstätte Kinderhaus Elsässer Platz e. V. um eine Kindergartengruppe

12. 08-V-51-0059 DL 23/09-2, 21/09-2

Errichtung eines Provisoriums für die Kindertagesstätte Geschwister-Stock-Platz und die Ausrichtung eines Architektenwettbewerbs für den Ersatzneubau

13. 09-V-52-0006 DL 18/09-7

Nutzungsvertrag zur BRITA-Arena; Verlängerung der Laufzeit für die 1. + 2. Mannschaft des SV Wehen-Wiesbaden

14. 09-V-52-0007 DL 18/09-8

Abrechnung der Nutzung der Frei- und Hallenbäder des Eigenbetriebes mattiaqua durch Wiesbadener Schwimmvereine

Seite 6 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung am 24. Juni 2009

15. 09-V-52-0011 DL 22/09-4, 20/09-2

Sanierung der Kellerskopfhalle in Naurod; 2. Bauabschnitt (Teilbereich Lüftungsanlage); Infrastrukturmittel des Landes Hessen und des Bundes

16. 09-V-52-0012 DL 22/09-5, 20/09-3

Sanierung des Kunstrasenplatzes der Bezirkssportanlage Kastel; Genehmigung einer üpl. Ausgabe

17. 09-V-52-0013 DL 22/09-6, 20/09-4

Investitionszuschüsse für vereinseigene Sportanlagen in 2009

18. 09-V-66-0201 DL 19/09-4

Einrichtung einer Verkehrsinfotafel in der Mainzer Straße

19. 09-V-66-0207 DL 23/09-7, 21/09-7

Stationsentwicklungsplanung Bahnhof Mainz-Kastel 1. Bauabschnitt

20. 09-V-66-0209 DL 23/09-8, 21/09-8

Ernst-Galonske-Straße in Mainz-Kastel; 2. Bauabschnitt

21. 09-V-66-0304 DL 18/09-9

Bahnhofsplatz - Möblierungen

22. 09-V-66-0308 DL 19/09-5

Fahrbahndeckenprogramm in AKK 2009; Anna-Birle-Straße, 1. BA

23. 09-V-66-0312 DL 19/09-6

Neubau Anbindung Goerdelerstraße an die Klarenthaler Straße

Seite 7 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung am 24. Juni 2009

24. 09-V-67-0008 DL 22/09-12, 20/09-10

Eine Kinderstadt - Spielflächenentwicklung Wiesbaden Innenstadt

25. 09-V-80-8007 DL 20/09-11

Gezielte Förderung der Kreativwirtschaft - hier Kreativbericht

26. 09-V-82-0005 DL 18/09-10

Mittelbereitstellung für ein Wiesbaden-Magazin

Nicht öffentliche Beratung:

27. 09-V-20-0039

DL 22/09-2 NÖ, 20/09-2 NÖ

Kredit - Abschluss von vier Rahmendarlehensverträgen sowie zwei Vereinbarungen zur Inanspruchnahme von Mitteln aus dem Hessischen Sonderinvestitionsprogramm ("Konjunkturprogramm")

28. 09-V-20-0041 DL 23/09-1 NÖ

Bürgschaft - Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Horschler Vorsitzender